

De Regering legt de nadere modaliteiten vast.  
Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.  
Eupen, 23 juni 2008.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,  
Mevr. I. WEYKMANS

Nota's

(1) *Zitting 2007-2008*

*Parlementaire stukken* : 132 (2007-2008) Nr 1 Ontwerp van decreet.

*Integraal verslag* : bespreking en aanneming - Zitting van 23 juni 2008.

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 4695

[C - 2008/33110]

### 17. NOVEMBER 2008 — Dekret zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

#### KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen* Begriffsbestimmungen

**Artikel 1** - Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter:

1. Schlüsselkompetenzen: Kompetenzen, die alle Menschen für ihre persönliche Entfaltung, soziale Integration, Bürgersinn und Beschäftigung benötigen;
2. Weiterbildungsangebot: in sich kohärente Bildungsaktivitäten zu einer oder mehreren Schlüsselkompetenzen. Diese Bildungsaktivitäten setzen die in Artikel 8 § 1 genannten Zielvorgaben um, stehen im Einklang mit dem genehmigten Gesamtkonzept einer Einrichtung der Erwachsenenbildung und richten sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger;
3. Lebenslanges Lernen: alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen beziehungsweise beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt;
4. Nicht-formale Bildung: alle organisierten und nachhaltigen Bildungsaktivitäten, die außerhalb der allgemeinen beruflichen und schulischen Bildung stattfinden. Sie führt gewöhnlich nicht zu einem formalen Abschluss;
5. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

#### Recht auf Erwachsenenbildung

**Art. 2** - Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, Schlüsselkompetenzen zu erwerben, zu vertiefen oder zu aktualisieren.

Geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung erhalten einen Zuschuss, damit sie Weiterbildungsangebote nach den Vorschriften dieses Dekretes bereitstellen.

Einrichtungen der Erwachsenenbildung stehen allen Bürgerinnen und Bürgern ohne Berücksichtigung schulischer Vorbildungsnachweise, gesellschaftlicher und beruflicher Stellung, politischer und weltanschaulicher Zugehörigkeit oder der Höhe des Einkommens offen, wobei der oder dem Einzelnen die Auswahl unter den verschiedenen Weiterbildungsangeboten vorbehalten bleibt, um ihre oder seine Schlüsselkompetenzen zu erwerben, weiter zu entwickeln oder zu aktualisieren.

#### Rolle der Einrichtungen der Erwachsenenbildung

**Art. 3** - Erwachsenenbildung ist ein eigenständiger Bereich des lebenslangen Lernens, der der nicht-formalen Bildung zuzuordnen ist.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung bieten ein koordiniertes Bildungsangebot, das den Bürgerinnen und Bürgern zur Verbesserung ihrer Schlüsselkompetenzen und zum Erwerb neuer Fähigkeiten verhilft. Ziel ist die Förderung der sozialen Integration, der Chancengleichheit im weitesten Sinne, der kollektiven Handlungsfähigkeit und des Bürgerschaftssinns sowie das Erlernen grundlegender sozialer und bürgerlicher Werte.

Jede Einrichtung der Erwachsenenbildung gestaltet ihr Weiterbildungsangebot gemäß ihrer jeweiligen Zielsetzung und bezieht die Vermittlung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung ein.

#### Vielfalt und Unabhängigkeit der Einrichtungen

**Art. 4** - Nach Organisation und Bildungszielen unterschiedliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung bestehen nebeneinander.

Die öffentliche Förderung der Erwachsenenbildung lässt das Recht einer Einrichtung auf selbstständige Lehrplangestaltung unberührt. Auch das Recht auf die unabhängige Auswahl der Referentinnen und Referenten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Selbstverwaltungsrecht bleiben unberührt.

## Zusammenarbeit

**Art. 5** - Im Hinblick auf die Koordination des Gesamtweiterbildungsangebots arbeiten die Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die Weiterbildungsdienststelle der Regierung sowie andere Weiterbildungseinrichtungen zusammen.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung übermitteln der Weiterbildungsdienststelle der Regierung folgende Auskünfte:

1. eine Übersicht ihrer Weiterbildungsangebote;
2. die Auswertung der Kundenzufriedenheit zu ihren Weiterbildungsangeboten.

Die Regierung legt die Form und die Regelmäßigkeit der zu übermittelnden Auskünfte fest.

## Zertifikate

**Art. 6** - Einrichtungen der Erwachsenenbildung können Zertifikate als Nachweis des Abschlusses eines Weiterbildungsgangs ausstellen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten für die Anerkennung dieser Zertifikate fest.

## KAPITEL II — Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung

## Förderkriterien

**Art. 7** - Gefördert wird eine Einrichtung der Erwachsenenbildung, die:

1. eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht ist, die ihre Weiterbildungsangebote überwiegend im deutschen Sprachgebiet durchführt;
2. vorrangig im Dienste der Erwachsenen des deutschen Sprachgebiets steht;
3. an einer Mindestanzahl von 130 Tagen pro Jahr Weiterbildungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig sowohl im Norden als auch im Süden des deutschen Sprachgebiets durchführt;
4. über eine Kontaktstelle im deutschen Sprachgebiet verfügt, die an mindestens 15 Stunden pro Woche erreichbar ist, damit Interessierten ein direkter Kontakt zu Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Einrichtung ermöglicht wird;
5. eine ordentliche und jederzeit einsehbare autonome Buchführung vorweist, die eine finanzielle Kontrolle ermöglicht;
6. jährlich bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres eine Bilanz und eine Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres sowie bis zum 31. März des betreffenden Jahres einen Haushaltsplan für das nächste Geschäftsjahr einreicht;
7. über ein von der Regierung genehmigtes Gesamtkonzept im Sinne von Artikel 8 verfügt.

Für die erste Förderung muss eine Einrichtung der Erwachsenenbildung seit mindestens einem Jahr an einer Mindestanzahl von 80 Tagen Weiterbildungsangebote in der Erwachsenenbildung durchführen. Diese Angebote müssen regelmäßig sowohl im Norden als auch im Süden des deutschen Sprachgebiets stattfinden.

## Gesamtkonzept

**Art. 8** - § 1 – Das Gesamtkonzept beschreibt unter Einbeziehung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung mindestens die Umsetzung folgender Zielvorgaben:

1. Steigerung der Weiterbildungsmotivation;
2. Wissensvermittlung;
3. Entwicklung von Fertigkeiten;
4. Förderung der kollektiven Handlungsfähigkeit und des Bürgerschaftssinns;
5. Sicherung der Qualität der Weiterbildungsangebote.

Darüber hinaus gibt das Gesamtkonzept Auskunft über die Ermittlung der Kundenzufriedenheit und die Öffentlichkeitsarbeit, das geplante Ausgaben- und Personalvolumen sowie dessen Finanzierung.

Die Form des Gesamtkonzeptes legt die Regierung fest.

§ 2 – Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung legen der Regierung ihr Gesamtkonzept zur Genehmigung vor, insofern sie die in Artikel 7 Absatz 1 Nrn. 1 bis 6 und gegebenenfalls Absatz 2 genannten Förderkriterien erfüllen.

Einzureichen ist das Gesamtkonzept:

1. für noch nicht geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung: vor dem 1. März des Jahres, vor dem das genehmigte Gesamtkonzept gilt;
2. für bereits geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung: spätestens zehn Monate vor Ablauf des bereits genehmigten Gesamtkonzeptes.

Artikel 18 bleibt hiervon unberührt.

§ 3 – Eine Fachjury, deren Zusammensetzung die Regierung festlegt, gibt ein begründetes Gutachten zum Gesamtkonzept ab. Die Fachjury ist nicht weisungsgebunden.

§ 4 – Innerhalb von drei Monaten nach dem in §2 Absatz 2 genannten Einreichungsdatum wird den betreffenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung das Gutachten der Fachjury zugestellt. Die Einrichtungen können binnen einer Frist von 30 Kalendertagen eine schriftliche Stellungnahme dazu abgeben. Auf Anfrage werden sie angehört.

Spätestens vier Monate nach Abgabe des Gutachtens der Fachjury entscheidet die Regierung über die Genehmigung des Gesamtkonzeptes auf Grundlage des Gutachtens der Jury sowie gegebenenfalls der Stellungnahme und der Anhörung der Einrichtung für Erwachsenenbildung.

Die Regierung kann die Genehmigung unter Auflagen erteilen.

§ 5 – Die Genehmigung des Gesamtkonzeptes wird am 1. Januar des Jahres wirksam, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung durch die Regierung folgt und gilt für vier Jahre.

Nach zwei Jahren Laufzeit des genehmigten Gesamtkonzeptes wird eine Zwischenauswertung vorgenommen. Diese dient der Erstellung des nächsten Gesamtkonzeptes.

## Qualitätsmanagement durch Evaluation

**Art. 9** - Geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen sich selbst evaluieren.

Zehn Monate vor Ablauf der Genehmigung des Gesamtkonzeptes reicht die Einrichtung einen schriftlichen Bericht des Evaluationsprozesses ein, der auch die Bestätigung der aktiven Partizipation der Einrichtung der Erwachsenenbildung enthält. Die Bestätigung muss durch eine externe Expertin oder einen externen Experten, der den Selbstevaluationsprozess begleitet, ausgestellt werden.

Die Evaluation muss die Umsetzung des genehmigten Gesamtkonzeptes mit einbeziehen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

## Jährlicher pauschaler Zuschuss

**Art. 10** - Erfüllt eine Einrichtung der Erwachsenenbildung die Bestimmungen dieses Dekretes, erhält sie einen jährlichen pauschalen Zuschuss. Dieser beträgt maximal 60 % aller Einnahmen der geförderten Einrichtung der Erwachsenenbildung. Abweichend von Satz 2 beträgt der Zuschuss in den beiden ersten Förderjahren für bislang noch nicht geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung maximal 100 % aller Einnahmen. In allen Fällen ist der Zuschuss auf 65.000 EUR begrenzt. Er wird in Zwölfteilen ausbezahlt.

Die Berechnung des jährlichen pauschalen Zuschusses erfolgt anhand der letzten vorliegenden Ergebnisrechnung der Einrichtung der Erwachsenenbildung.

Der jährliche pauschale Zuschuss wird mit Beginn des Vierjahreszeitraums des genehmigten Gesamtkonzeptes nach Artikel 8 §5 gewährt.

Noch nicht geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung kann die Regierung im Jahr der Antragstellung nach Vorlage des in Artikel 8 §2 Absatz 2 Nr. 1 erwähnten Gesamtkonzeptes einen Sonderzuschuss gewähren, der auf 65.000 EUR begrenzt ist.

## Zusatzzuschüsse

**Art. 11** - Den geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung kann die Regierung auf Antrag folgende Zusatzzuschüsse gewähren:

1. Zuschüsse für besondere Projekte: als solche gelten Vorhaben, die gleichzeitig:

- a) von besonderem Interesse für die Deutschsprachige Gemeinschaft sind;
- b) mit außergewöhnlichen Kosten verbunden sind, weil entweder deren Gesamtkosten 2.500 EUR übersteigen oder sie sich nachweislich an Personen richten, deren Haushaltseinkommen dem gesetzlich festgelegten Eingliederungseinkommen entspricht oder unter diesem Einkommen liegt;
- c) nicht zu einem Doppelangebot in der Deutschsprachigen Gemeinschaft führen;

2. Zuschüsse für Evaluationen im Sinne von Artikel 9;

3. Zuschüsse für die Organisation und Teilnahme an Aus- und Weiterbildung von Ehrenamtlichen und Angestellten der geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Zusatzzuschüsse im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 sind als Anschubfinanzierung zu verstehen. Ein Vorschuss von maximal 80% des Zuschusses kann gewährt werden.

Ein Zusatzzuschuss im Sinne von Absatz 1 Nr. 2 kann einmal während des Geltungszeitraums des genehmigten Gesamtkonzeptes gewährt werden. Er beläuft sich auf 75 % der belegten Kosten für das Hinzuziehen der externen Expertin oder des externen Experten. Die Regierung kann einen Höchstbetrag festlegen.

Ein Zusatzzuschuss im Sinne von Absatz 1 Nrn. 1 und 3 kann nur gewährt werden, wenn der Antrag im Einklang mit dem genehmigten Gesamtkonzept der Einrichtung der Erwachsenenbildung ist.

Der Zuschussantrag im Sinne von Absatz 1 Nrn. 1 und 2 ist bis zum 31. März eines Jahres im Ministerium einzureichen. Der Zuschussantrag im Sinne von Absatz 1 Nr. 3 ist vor der Organisation oder der Teilnahme an einer Aus- und Weiterbildung einzureichen.

Dem Antrag ist eine detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung und eine Beschreibung des Vorhabens beizufügen.

Für Absatz 1 Nr. 3 legt die Regierung die näheren Modalitäten fest.

## Anpassung der Beträge

**Art. 12** - Die Regierung kann jährlich den in Artikel 10 Satz 4 genannten Höchstbetrag an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex anpassen.

Die Regierung kann den Betrag des in Artikel 10 genannten Zuschusses zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

## Kontrolle

**Art. 13** - Die Regierung kann jederzeit die Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen überprüfen lassen.

## Einstellen der Förderung

**Art. 14** - Werden die Förderkriterien nicht mehr erfüllt, die in Artikel 9 Absatz 2 genannten Unterlagen nicht rechtzeitig eingereicht oder im Allgemeinen die Bestimmungen des Dekretes nicht eingehalten, fordert die Regierung die Einrichtung der Erwachsenenbildung auf, innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zustellung des Bescheids den Nachweis der Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen zu erbringen beziehungsweise die Unterlagen nachzureichen.

Die Förderung wird eingestellt, wenn dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird.

Vor der Einstellung erhält die betroffene Einrichtung der Erwachsenenbildung die Möglichkeit zur Stellungnahme.

## Rückforderung

**Art. 15** - Die Regierung fordert den Zuschuss zurück, wenn er zweckentfremdet wurde oder die Bestimmungen des Dekretes nicht erfüllt wurden.

Die Regierung fordert einen für das laufende Jahr ausgezahlten Zuschuss proportional zurück, wenn die Einrichtung der Erwachsenenbildung im Laufe des Jahres aufgelöst wurde oder ihre Aktivitäten eingestellt hat, nachdem die Regierung der betreffenden Einrichtung der Erwachsenenbildung die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat.

KAPITEL III — *Schlussbestimmungen*

## Aufhebungsbestimmungen

**Art. 16** - Sind aufgehoben:

1. das Dekret vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und die Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung, abgeändert durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998, das Dekret vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, das Programmdekret vom 7. Januar 2002 und das Programmdekret vom 20. Februar 2006;

2. Artikel 8 des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996 und durch das Programmdekret vom 20. Februar 2006.

## Änderungsbestimmung

**Art. 17** - In der Überschrift und in Artikel 1 des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 1998 und das Dekret vom 7. Mai 2007, wird der Wortlaut «regionale Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung» ersatzlos gestrichen.

## Übergangsbestimmungen

**Art. 18** - Für Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die aufgrund des Dekretes vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und die Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung anerkannt waren, beginnt der Vierjahreszeitraum für die Durchführung des genehmigten Gesamtkonzepts sowie das Erfüllen der anderen Förderkriterien erstmals am 1. Januar 2010.

Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die bis zum 28. Februar 2009 ein Gesamtkonzept in Anwendung des vorliegenden Dekrets einreichen, werden die Zuschüsse für das Kalenderjahr 2009 aufgrund des Dekretes vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und die Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung und des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten gewährt. Als Jahreszuschuss laut Dekret vom 18. Januar 1993 werden für die einjährige Übergangsphase die Zuschussbeträge des Jahres 2008 gewährt.

Die auf Grundlage des vorliegenden Dekretes auszahlenden Zuschüsse ersetzen alle Leistungen, die den Zuschussempfängern auf Grundlage des Dekretes vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und die Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung und des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten zustehen.

Wird kein Gesamtkonzept bis zum 28. Februar 2009 eingereicht, so wird die Bezuschussung ab dem 1. März 2009 eingestellt.

## Inkrafttreten

**Art. 19** - Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Eupen, den 17. November 2008

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für lokale Behörden  
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus  
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung  
O. PAASCH

der Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport  
Frau I. WEYKMANS

## Fußnoten

(1) Sitzungsperiode 2008-2009

Dokumente des Parlamentes: 133 (2007-2008) Nr. 1 Dekretentwurf

133 (2008-2009) Nrn. 2-3 Abänderungsvorschläge

133 (2008-2009) Nr. 4 Bericht

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 17. November 2008

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 4695

[C — 2008/33110]

## 17 NOVEMBRE 2008. — Décret visant à soutenir les établissements de formation pour adultes (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

## Définitions

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent décret, il y a lieu d'entendre par :

1° compétences clés : les compétences nécessaires à tout individu pour son épanouissement personnel, son intégration sociale, son sens civique et son employabilité;

2° offre de formation continue : les activités de formation au contenu cohérent et portant sur une ou plusieurs compétences clés. Ces activités de formation réalisent les objectifs mentionnés à l'article 8, § 1<sup>er</sup>, sont en concordance avec le concept global approuvé d'un établissement de formation pour adultes et s'adressent directement aux citoyens;

3° apprentissage tout au long de la vie : toute activité d'apprentissage entreprise à tout moment de la vie, dans le but d'améliorer les connaissances, les qualifications et les compétences, dans une perspective personnelle, civique, sociale et/ou liée à l'emploi;

4° formation non-formelle : toutes les activités de formation organisées et durables, dispensées en dehors des formations professionnelle et scolaire générales. Elle ne débouche habituellement pas sur un diplôme formel;

5° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone.

## Droit à la formation des adultes

**Art. 2.** Tout citoyen a le droit d'acquérir des compétences clés, de les approfondir et de les actualiser.

Les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus reçoivent un subside afin de pouvoir fournir une offre de formation continue conforme aux dispositions du présent décret.

Les établissements de formation pour adultes sont accessibles à tous les citoyens, quels que soient les diplômes précédemment obtenus, leur position sociale et professionnelle, leurs conceptions politiques et philosophiques ou leurs revenus, chacun ayant le droit de choisir parmi les différentes offres afin d'acquérir, de développer et d'actualiser ses compétences clés.

## Rôle des établissements de formation pour adultes

**Art. 3.** La formation des adultes est une constituante autonome de l'apprentissage tout au long de la vie; elle relève de la formation non-formelle.

Les établissements de formation pour adultes proposent une offre de formation coordonnée permettant aux citoyens d'améliorer leurs compétences-clés et d'acquérir de nouvelles aptitudes.

L'objectif est de promouvoir l'intégration sociale, l'égalité des chances au sens le plus large, la capacité juridique collective et le sens civique, et d'apprendre les valeurs sociales et civiques essentielles.

Tout établissement de formation pour adultes organise son offre de formation continue en fonction de ses propres objectifs en y intégrant la transmission des principes du développement durable.

## Diversité et autonomie des établissements de formation pour adultes

**Art. 4.** Des établissements de formation pour adultes qui diffèrent de par leur organisation et leurs objectifs coexistent.

Le soutien de la formation des adultes par les pouvoirs publics ne porte pas préjudice au droit d'un établissement à élaborer en toute autonomie son programme d'enseignement. Il n'est pas non plus porté préjudice au droit à la sélection indépendante des animateurs et collaborateurs ni au droit à l'autogestion.

## Collaboration

**Art. 5.** Les établissements de formation pour adultes, le service du Gouvernement pour la formation continue ainsi que d'autres établissements de formation continue collaborent en vue de coordonner l'ensemble des offres de formation continue.

Les établissements de formation pour adultes transmettent les renseignements suivants au service du Gouvernement pour la formation continue :

1° un aperçu de leurs offres de formation continue;

2° l'évaluation de la satisfaction des utilisateurs à propos de leurs offres.

Le Gouvernement fixe la forme et la fréquence de la transmission des renseignements.

## Certificats

**Art. 6.** Les établissements de formation pour adultes peuvent délivrer des certificats qui sanctionnent une formation.

Le Gouvernement fixe les modalités de reconnaissance de ces certificats.



CHAPITRE II. — *Soutien des établissements de formation pour adultes*

## Critères de soutien

**Art. 7.** Est soutenu tout établissement de formation pour adultes qui :

- 1° est une association sans but lucratif qui propose la plupart de ses offres en région de langue allemande;
- 2° est principalement au service des adultes de la région de langue allemande;
- 3° propose régulièrement aux citoyens, au moins 130 jours par an, des offres tant au nord qu'au sud de la région de langue allemande;
- 4° dispose, en région de langue allemande, d'un point de contact joignable au moins quinze heures par semaine afin de permettre aux personnes intéressées d'avoir un contact direct avec les collaborateurs de l'établissement;
- 5° tient une comptabilité autonome réglementaire, consultable en tout temps et permettant un contrôle financier;
- 6° introduit chaque année, au plus tard pour le 31 mars de l'année suivante, un bilan ainsi qu'un compte des résultats de l'exercice concerné et, au plus tard pour le 31 mars de l'année concernée, un budget pour l'exercice suivant;
- 7° dispose d'un concept global tel que visé à l'article 8, approuvé par le Gouvernement.

Pour bénéficier une première fois d'un soutien, l'établissement de formation pour adultes doit proposer ses offres de formation continue depuis au moins un an, à raison d'au moins 80 jours. Ces offres doivent être proposées régulièrement tant au nord qu'au sud de la région de langue allemande.

## Concept global

**Art. 8.** § 1<sup>er</sup> – Le concept global décrit au moins la mise en œuvre des objectifs suivants en y intégrant les principes du développement durable :

- 1° accroissement de la motivation à suivre une formation continue;
- 2° transmission du savoir;
- 3° développement d'aptitudes;
- 4° promotion de la capacité juridique collective et du sens civique;
- 5° garantie de la qualité des offres de formation continue.

En outre, le concept global donne des informations sur la façon d'évaluer la satisfaction des utilisateurs, les relations publiques, les dépenses et le personnel prévus ainsi que sur leur financement.

Le Gouvernement fixe la forme du concept global.

§ 2 – Les établissements de formation pour adultes soumettent leur concept global à l'approbation du Gouvernement, à condition que les critères de soutien mentionnés à l'article 7, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 6°, et alinéa 2, le cas échéant, soient remplis.

Le concept global doit être introduit :

- 1° en ce qui concerne les établissements de formation pour adultes non encore soutenus : avant le 1<sup>er</sup> mars de l'année précédant celle pour laquelle le concept approuvé est valable;
- 2° en ce qui concerne les établissements de formation des adultes déjà soutenus : au plus tard dix mois avant l'expiration du concept global déjà approuvé.

La présente disposition ne porte pas préjudice à l'article 18.

§ 3 – Un jury spécialisé, dont la composition est fixée par le Gouvernement, rend un avis motivé sur le concept global. Ce jury n'est tenu par aucune instruction.

§ 4 – L'avis du jury spécialisé est notifié aux établissements de formation pour adultes concernés dans les trois mois suivant la date d'introduction du concept global visée au § 2, alinéa 2. Ces établissements peuvent prendre position par écrit dans un délai de 30 jours calendrier. à leur demande, ils peuvent être entendus.

Au plus tard quatre mois après l'avis rendu par le jury spécialisé, le Gouvernement décide d'approuver ou non ledit concept sur base de cet avis et, le cas échéant, de la position prise par l'établissement de formation pour adultes et de son audition.

Le Gouvernement peut conditionner son approbation.

§ 5 – L'approbation du concept global prend effet le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle où le Gouvernement a donné son approbation et est valable pour une période de 4 ans.

Après deux ans, le concept global approuvé est soumis à une évaluation intermédiaire. Elle sert pour l'établissement du concept global suivant.

## Gestion de la qualité par évaluation

**Art. 9.** Les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus doivent s'auto-évaluer.

Dix mois avant que l'approbation du concept global n'expire, l'établissement introduit un rapport écrit portant sur le processus d'évaluation, comprenant aussi la confirmation de la participation active de l'établissement de formation pour adultes. La confirmation doit être délivrée par un expert externe qui assure le suivi du processus d'auto-évaluation.

L'évaluation doit prendre en compte la mise en œuvre du concept global approuvé.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

## Subside forfaitaire annuel

**Art. 10.** L'établissement de formation pour adultes qui remplit les conditions du présent décret reçoit un subside forfaitaire annuel. Celui-ci s'élève au maximum à 60 % de toutes les recettes de l'établissement. Par dérogation à la deuxième phrase, le subside représente au plus 100 % de toutes les recettes les deux premières années du soutien en ce qui concerne les établissements de formation pour adultes non encore soutenus. Il est dans tous les cas plafonné à 65.000 EUR. Il est liquidé en douzièmes.

Le subside forfaitaire annuel est calculé sur la base du dernier compte de résultats de l'établissement de formation pour adultes.

Le subside forfaitaire annuel est accordé au début de la période de validité du concept global approuvé, période qui est de quatre ans conformément à l'article 8, § 5.

L'année de la demande, le Gouvernement peut octroyer aux établissements de formation pour adultes non encore soutenus, sur présentation du concept global mentionné à l'article 8, § 2, alinéa 2, 1°, un subside exceptionnel plafonné à 65.000 EUR.

## Subsides complémentaires

**Art. 11.** À la demande des établissements de formation pour adultes qui sont soutenus, le Gouvernement peut accorder les subsides complémentaires suivants :

1° subsides pour des projets spécifiques : sont considérés comme tels les projets qui, à la fois,

a) présentent un intérêt particulier pour la Communauté germanophone;

b) sont liés à des frais exceptionnels, soit parce que leur coût total dépasse 2.500 EUR ou parce qu'il est prouvé qu'ils s'adressent à des personnes dont les revenus du ménage sont égaux ou inférieurs au revenu d'insertion fixé par la loi, et

c) ne constituent pas une double offre en Communauté germanophone;

2° subsides pour les évaluations visées à l'article 9;

3° subsides pour l'organisation de et la participation à des formations et formations continues de bénévoles et de préposés des établissements de formation pour adultes.

Les subsides complémentaires au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, sont à considérer comme financement de départ. Une avance représentant 80 % maximum du subside peut être accordée.

Un subside complémentaire au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, ne peut être octroyé qu'une fois pendant la durée de validité du concept global approuvé. Il s'élève à 75 % des coûts justifiés, relatifs à la consultation de l'expert extérieur. Le Gouvernement peut fixer un plafond.

Un subside complémentaire au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 3°, ne peut être accordé que si la demande est conforme au concept global approuvé de l'établissement de formation pour adultes.

La demande relative aux subsides visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, doit être introduite pour le 31 mars auprès du ministère. La demande relative aux subsides visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, doit être introduite avant d'organiser ou de participer à une formation ou formation continue.

La demande doit être accompagnée d'un état détaillé des recettes et dépenses et d'une description du projet.

Le Gouvernement fixe les modalités pour l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°.

## Adaptation des montants

**Art. 12.** Tous les ans, le Gouvernement peut adapter le montant maximal visé à l'article 10, quatrième phrase, à l'évolution de l'indice des prix à la consommation.

Le Gouvernement peut multiplier le montant visé à l'article 10 par un coefficient en vue de l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

## Contrôle

**Art. 13.** Le Gouvernement peut en tout temps faire vérifier si les dispositions du présent décret sont respectées.

## Suspension du soutien

**Art. 14.** Lorsque les critères de soutien ne sont plus remplis, que les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 2, ne sont pas introduits en temps utile ou que, de manière générale, les dispositions du décret ne sont pas respectées, le Gouvernement somme l'établissement de formation pour adultes de prouver qu'il remplit les dispositions du présent décret ou, selon le cas, de rentrer les documents, et ce dans le mois suivant la signification de la sommation.

Le soutien est suspendu lorsqu'il n'est pas donné suite à cette sommation.

Avant la suspension, l'établissement de formation pour adultes concerné a la possibilité de communiquer sa prise de position.

## Récupération

**Art. 15.** Le Gouvernement récupère le subside lorsque son affectation a été modifiée ou que les dispositions du décret n'ont pas été remplies.

Le Gouvernement récupère proportionnellement un subside liquidé pour l'année en cours, lorsque l'établissement de formation pour adultes est dissout ou suspend ses activités en cours d'année, après que le Gouvernement lui a donné la possibilité de communiquer sa prise de position.

CHAPITRE III. — *Dispositions finales*

## Dispositions abrogatoires

**Art. 16.** Sont abrogés :

1° le décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes, modifié par le décret-programme du 29 juin 1998, le décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, le décret-programme du 7 janvier 2002 et le décret-programme du 20 février 2006;

2° l'article 8 du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996 et le décret-programme du 20 février 2006.

## Disposition modificative

**Art. 17.** Dans l'intitulé et l'article 1 du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, modifié par les décrets des 14 décembre 1998 et 7 mai 2007, le passage « , les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes » est supprimé sans être remplacé.

## Dispositions transitoires

**Art. 18.** Pour ce qui concerne les établissements de formation pour adultes déjà agréés en vertu du décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes, la période de quatre ans prévue pour mettre en œuvre le concept global approuvé et pour remplir les autres critères de soutien ne débute que le 1<sup>er</sup> janvier 2010.

Les établissements de formation pour adultes qui, jusqu'au 28 février 2009, introduisent un concept global en application du présent décret reçoivent les subsides pour l'année civile 2009 en vertu du décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus. En ce qui concerne les subsides annuels en vertu du décret du 18 janvier 1993, les subsides de l'année 2008 sont accordés pour une période transitoire d'un an.

Les subsides à liquider en vertu du présent décret remplacent toutes les prestations revenant aux bénéficiaires en vertu du décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus.

Si aucun concept global n'est introduit jusqu'au 28 février 2009, le subventionnement est suspendu à partir du 1<sup>er</sup> mars 2009.

## Entrée en vigueur

**Art. 19.** Le présent décret entre en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 17 novembre 2008.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,  
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,  
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias,  
de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,  
Mme I. WEYKMANS

## Notes

(1) Session 2008-2009

Documents parlementaires : 133 (2007-2008) N° 1 Projet de décret

133 (2008-2009) N°s 2-3 Propositions d'amendement

133 (2008-2009) N° 4 Rapport

Compte rendu intégral : discussion et vote – Séance du 17 novembre 2008.



## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 4695

[C — 2008/33110]

**17 NOVEMBER 2008. — Decreet ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

## Definities

**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit decreet dient te worden verstaan onder :

1° sleutelbevoegdheden : competenties die alle mensen nodig hebben voor hun persoonlijke ontplooiing, sociale integratie, burgerzin en tewerkstelling;

2° aanbod aan voortgezette opleidingen : inhoudscoherente leeractiviteiten die betrekking hebben tot één of meerdere sleutelbevoegdheden. Deze leeractiviteiten verwezenlijken de in artikel 8, § 1, vermelde doelstellingen, zijn in overeenstemming met het goedgekeurd globaal concept van een instelling voor volwassenenonderwijs en richten zich direct tot de burgers;

3° levenslang leren : alle leeractiviteiten die gedurende het hele leven ontplooid worden om kennis, vaardigheden en competenties vanuit een persoonlijk, burgerlijk, sociaal en/of werkgelegenheidsperspectief te verbeteren;

4° niet-formele vorming : alle georganiseerde en duurzame leeractiviteiten die buitenaf het algemeen vormend onderwijs en de beroepsopleiding plaatsvinden. Normaliter is er daarvoor geen formeel eindgetuigschrift.

5° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

## Recht op volwassenenonderwijs

**Art. 2.** Elke burger heeft het recht, sleutelbevoegdheden te verwerven, te verdiepen en te actualiseren.

De ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs verkrijgen een toelage om overeenkomstig de bepalingen van dit decreet een aanbod aan voortgezette opleidingen voor te stellen.

Instellingen voor volwassenenonderwijs zijn toegankelijk voor alle burgers, onafhankelijk van de voorafgaande diploma's, de maatschappelijke en professionele positie, de politieke of filosofische aanhorigheid of het inkomen; dankzij de verscheidenheid van het aanbod heeft het individu verder een keuzemogelijkheid, om zijn sleutelbevoegdheden te verbeteren en te actualiseren.

## Rol van de instellingen voor volwassenenonderwijs

**Art. 3.** Het volwassenenonderwijs is een eigenstandig deel van het levenslang leren en valt onder de niet-formele vorming.

De instellingen voor volwassenenonderwijs stellen een gecoördineerd opleidingsaanbod voor dat de burgers ertoe helpt, hun kerncompetenties te verbeteren en nieuwe vaardigheden te verwerven. De bedoeling is de sociale integratie en de gelijkheid van kansen in de ruimste zin, de collectieve handelingsbekwaamheid en de burgerzin te bevorderen en fundamentele sociale en burgerlijke waarden aan te leren.

Elke instelling voor volwassenenonderwijs organiseert haar aanbod aan voortgezette opleiding naargelang van haar doelstellingen, waarbij de overdracht van de principes van duurzame ontwikkeling in acht wordt genomen.

## Verscheidenheid en onafhankelijkheid van de instellingen

**Art. 4.** Instellingen die wegens hun organisatie en opleidingsdoelinden van elkaar verschillen, bestaan naast elkaar.

De ondersteuning van het volwassenenonderwijs door de openbare hand tast het recht van een instelling niet aan studieprogramma's op zelfstandige wijze te ontwikkelen. Noch het recht op onafhankelijke selectie van de animators en medewerkers noch het zelfbestuursrecht worden aangetast.

## Samenwerking

**Art. 5.** Met het oog op de coördinatie van het hele aanbod aan voortgezette opleidingen werken de instellingen voor volwassenenonderwijs, de dienst van de Regering voor de voortgezette opleiding en andere instellingen voor voortgezette opleidingen samen.

De instellingen voor volwassenenonderwijs zenden volgende inlichtingen aan de dienst van de Regering voor voortgezette opleiding toe :

1° een overzicht van hun aanbod aan voortgezette opleiding;

2° een evaluatie van de tevredenheid van de gebruikers m.b.t. hun aanbod.

De Regering bepaalt de vorm en de frequentie voor de toezending van de inlichtingen.

## Getuigschriften

**Art. 6.** Instellingen voor volwassenenonderwijs kunnen getuigschriften ter bekrachtiging van een opleiding uitreiken.

De Regering legt de modaliteiten vast voor de erkenning van deze getuigschriften.

HOOFDSTUK II. — *Ondersteuning van instellingen voor volwassenenonderwijs*

## Ondersteuningscriteria

**Art. 7.** Wordt ondersteund een instelling voor volwassenenonderwijs die

1° een vereniging zonder winstoogmerk is die haar aanbod aan voortgezette opleidingen vooral in de Duitstalige Gemeenschap organiseert;

2° met voorrang ten dienste van de volwassenen van het Duitse taalgebied staat;

3° regelmatig, op ten minste 130 dagen per jaar, een aanbod aan voortgezette opleidingen voor burgers organiseert, zowel in de noordelijke als in de zuidelijke gemeenten van het Duitse taalgebied;

4° een contactpunt in het Duitse taalgebied heeft dat ten minste 15 uren per week bereikbaar is, zodat de belanghebbenden een direct contact met de medewerkers van de instelling kunnen hebben;

5° een behoorlijke autonome boekhouding heeft die men te allen tijde inzien kan en die een financiële controle mogelijk maakt;

6° jaarlijks, ten laatste op 31 maart van het volgend jaar, een balans en een resultaatrekening van het dienstjaar alsmede, ten laatste op 31 maart van het betrokken jaar, een begroting voor het volgende dienstjaar indient;

7° over een door de Regering goedgekeurd globaal concept overeenkomstig artikel 8 beschikt.

Voor de eerste ondersteuning moet een instelling voor volwassenenonderwijs sinds ten minste één jaar op ten minste 80 dagen voortgezette opleidingen aanbieden. Deze opleidingen moeten regelmatig, zowel in de noordelijke als in de zuidelijke gemeenten van het Duitse taalgebied worden aangeboden.

#### Globaal concept

**Art. 8.** § 1 – Met inachtneming van de principes van duurzame ontwikkeling beschrijft het globaal concept de verwezenlijking van volgende doelstellingen :

1° verhoging van de motivatie een voortgezette opleiding te volgen;

2° overdracht van kennis;

3° ontwikkeling van vaardigheden;

4° bevordering van de collectieve handelingsbekwaamheid en van de burgerzin;

5° kwaliteitsbewaking m.b.t. het aanbod aan voortgezette opleidingen.

Bovendien geeft het globaal concept inlichtingen over de wijze om de tevredenheid van de gebruikers te evalueren, het public relations-werk, de geplande uitgaven en formatie, alsmede over de financiering ervan.

De vorm van het globaal concept wordt door de Regering vastgelegd.

§ 2 – Voor zover de ondersteuningscriteria vermeld in artikel 7, lid 1, 1° tot 6°, en desgevallend in lid 2, vervuld zijn, leggen de instellingen voor volwassenenonderwijs de Regering hun globaal concept ter goedkeuring voor.

Het globaal concept moet worden ingediend

1° vóór 1 maart van het jaar vóór het jaar waarvoor het globaal concept geldt, wat de nog niet ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs betreft;

2° ten laatste tien maanden vóór het verstrijken van het al goedgekeurd globaal concept, wat de reeds ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs betreft.

Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 18.

§ 3 – Een vakjury waarvan de samenstelling door de Regering wordt vastgelegd, brengt een met redenen omkleed advies uit over het globaal concept. De vakjury is niet aan onderrichtingen gebonden.

§ 4 – Binnen drie maanden na de in § 2, lid 2, vermelde datum van indiening wordt het advies van de vakjury aan de betrokken instellingen voor volwassenenonderwijs betekend. De instellingen kunnen binnen een termijn van dertig kalenderdagen hun standpunt schriftelijk mededelen. Op verzoek worden ze gehoord.

Ten laatste vier maanden nadat de vakjury een advies heeft uitgebracht, beslist de Regering over de goedkeuring van het globaal concept op basis van voormeld advies alsmede, desgevallend, van de standpunt en het horen van de instelling voor volwassenenonderwijs.

De goedkeuring van de Regering kan voorwaardelijk zijn.

§ 5 – De goedkeuring van het globaal concept heeft uitwerking vanaf 1 januari van het jaar volgend op hetgeen waarin de Regering haar goedkeuring heeft gegeven en geldt voor vier jaar.

Na twee jaar wordt het goedgekeurd globaal concept aan een tussentijdse evaluatie onderworpen. Deze dient als basis om het volgend globaal concept uit te werken.

#### Kwaliteitsmanagement d.m.v. evaluatie

**Art. 9.** Ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs moeten zichzelf evalueren.

Tien maanden vóór het verstrijken van de goedkeuring van het globaal concept dient de instelling een schriftelijk verslag in over het evaluatieproces, samen met de bekrachtiging van de actieve deelneming van de instelling voor volwassenenonderwijs. Die bekrachtiging moet door een externe deskundige worden opgesteld die het proces van zelfevaluatie heeft begeleid.

De evaluatie moet rekening houden met de verwezenlijking van het goedgekeurd globaal concept.

De nadere regels worden door de Regering vastgelegd.

#### Jaarlijkse forfaitaire toelage

**Art. 10.** Indien een ondersteunde instelling voor volwassenenonderwijs aan de in dit decreet bepaalde voorwaarden voldoet, verkrijgt ze een jaarlijkse forfaitaire toelage. Deze belooft ten hoogste 60 % van alle ontvangsten van de instelling. In afwijking van de tweede zin bedraagt de toelage, de eerste twee jaar van de ondersteuning, ten hoogste 100 % van alle ontvangsten, wat de nog niet ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs betreft. Zij is in elk geval beperkt tot € 65.000. Zij wordt in twaalfden uitbetaald.

De jaarlijkse forfaitaire toelage wordt berekend op basis van de laatste resultaatrekening van de instelling voor volwassenenonderwijs.

De jaarlijkse forfaitaire toelage wordt bij het begin van de geldigheidsperiode van het goedgekeurd globaal concept toegekend, periode die overeenkomstig artikel 8, § 5, vier jaar duurt.

Voor het jaar van de aanvraag kan de Regering, aan de nog niet ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs, een uitzonderlijke toelage van ten hoogste € 65.000 toekennen op voorlegging van het in artikel 8, § 2, lid 2, 1°, vermeld globaal concept.

## Bijkomende toelagen

**Art. 11.** De Regering kan volgende bijkomende toelagen toekennen aan de ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs die erom verzoeken :

1° toelagen voor specifieke projecten : worden als specifieke projecten beschouwd de projecten die tegelijk

a) voor de Duitstalige Gemeenschap van bijzonder belang zijn;

b) aan buitengewone kosten verbonden zijn, omdat de globale kosten ervan hoger dan € 2.500 liggen of omdat bewezen wordt dat ze zicht tot personen richten wier gezinsinkomen gelijk is aan het door de wet bepaald leefloon of eronder ligt, en die

c) niet tot een dubbelaanbod in de Duitstalige Gemeenschap leiden;

2° toelagen voor evaluaties overeenkomstig artikel 9;

3° toelagen voor de organisatie van en de deelneming aan de opleiding en voortgezette opleiding van vrijwilligers en aangestelden van de ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs.

Bijkomende toelagen in de zin van lid 1, 1°, dienen als startfinanciering van bijzondere projecten te worden verstaan. Een voorschot van hoogstens 80 % van de toelage kan worden toegekend.

Tijdens de geldigheidsduur van het goedgekeurd globaal concept kan een bijkomende toelage overeenkomstig lid 1, 2°, slechts één keer worden toegekend. Zij belooft 75 % van de bewezen kosten m.b.t. de externe deskundige. De Regering kan een maximaal bedrag vastleggen.

Een bijkomende toelage overeenkomstig lid 1, 1° en 3°, kan slechts worden toegekend, als de aanvraag overeenstemt met het goedgekeurd globaal concept van de instelling voor volwassenenonderwijs.

De aanvraag om toelagen overeenkomstig lid 1, 1° en 2°, moet vóór 31 maart bij het ministerie worden ingediend. De aanvraag om toelagen overeenkomstig lid 1, 3°, moet vóór de organisatie van of de deelneming aan een opleiding of voortgezette opleiding worden ingediend.

Bij de aanvraag worden een gedetailleerde staat van ontvangsten en uitgaven alsmede een projectbeschrijving gevoegd.

De Regering legt de nadere regels voor lid 1, 3°, vast.

## Aanpassing van de bedragen

**Art. 12.** Elk jaar kan de Regering het maximaal bedrag vermeld in artikel 10, vierde zin, aan de ontwikkeling van het indexcijfer der consumptieprijzen aanpassen.

De Regering kan het bedrag van de in artikel 10 vermelde toelage met een coëfficiënt vermenigvuldigen om het aan de beschikbare begrotingsmiddelen aan te passen.

## Controle

**Art. 13.** De Regering kan te allen tijde laten controleren of de bepalingen van dit decreet worden nageleefd.

## Schorsing van de ondersteuning

**Art. 14.** Worden de ondersteuningscriteria niet meer vervuld, worden de in artikel 9, lid 2, vermelde documenten niet op tijd ingediend of worden de bepalingen van het decreet in het algemeen niet nageleefd, dan zendt de Regering aan de instelling voor volwassenenonderwijs de aanmaning, binnen een termijn van één maand vanaf de beketening ervan het bewijs te leveren dat de bepalingen van dit decreet vervuld zijn resp. de documenten toe te sturen.

De ondersteuning wordt geschorst, als geen gevolg wordt gegeven aan deze aanmaning.

Vóór de schorsing krijgt de betrokken instelling voor volwassenenonderwijs de mogelijkheid, om haar standpunt mede te delen.

## Terugvordering

**Art. 15.** De Regering vordert de toelage terug, als de bestemming ervan gewijzigd werd of als de bepalingen van het decreet niet meer vervuld zijn.

De Regering vordert een voor het lopende jaar uitbetaalde toelage proportioneel terug, als de instelling voor volwassenenonderwijs zich in de loop van het jaar ontbindt of haar activiteiten stopzet, nadat de Regering haar de mogelijkheid heeft gegeven, haar standpunt mede te delen.

## HOOFDSTUK III. — Slotbepalingen

## Opheffingsbepalingen

**Art. 16.** Worden opgeheven :

1° het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen, gewijzigd bij het programmadecreet van 29 juni 1998, het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, het programmadecreet van 7 januari 2002 en het programmadecreet van 20 februari 2006;

2° artikel 8 van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996 en het programmadecreet van 20 februari 2006.

## Wijzigingsbepaling

**Art. 17.** In het opschrift en in artikel 1 van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij de decreten van 14 december 1998 en 7 mei 2007, wordt de passus « , gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen » geschrapt zonder vervangen te worden.

## Overgangsbepalingen

**Art. 18.** Wat de instellingen voor volwassenenonderwijs betreft die al krachtens het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen erkend waren, begint de vierjarige termijn om het goedgekeurd globaal concept uit te voeren en de andere ondersteuningscriteria te vervullen slechts op 1 januari 2010.

Instellingen voor volwassenenonderwijs die vóór 28 februari 2009 een globaal concept overeenkomstig voorliggend decreet indienen, worden de toelagen voor het kalenderjaar 2009 toegekend overeenkomstig het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen en overeenkomstig het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten. Wat de jaarlijkse toelagen in de zin van het decreet van 18 januari 1993 betreft, worden de bedragen van het jaar 2008 voor een éénjarige overgangperiode toegekend.

De toelagen die krachtens dit decreet moeten worden uitbetaald, vervangen alle prestaties waarop de begunstigde recht heeft overeenkomstig het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen en het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten.

Wordt er geen globaal concept vóór 28 februari 2009 ingediend, dan wordt de subsidiëring vanaf 1 maart 2009 stopgezet.

## Inwerkingtreding

**Art. 19.** Voorliggend decreet treedt in werking op 1 januari 2009.

Eupen, 17 november 2008.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,  
Mevr. I. WEYKMANS

—  
Nota's

(1) Zitting 2008-2009.

Parlementaire stukken : 133 (2007-2008) Nr. 1 Ontwerp van decreet.

133 (2008-2009) Nrs. 2-3 Voorstellen tot wijziging.

133 (2008-2009) Nr. 4 Verslag.

Integraal verslag : bespreking en aanneming - Zitting van 17 november 2008.

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

## SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

F. 2008 — 4696

[2008/204678]

## 18 DECEMBRE 2008. — Décret-programme en matière de fiscalité wallonne (1)

Le Parlement wallon a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Dispositions relatives à l'allègement de la fiscalité immobilière

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 44 du Code des droits d'enregistrement, d'hypothèque et de greffe est complété par les mots " , ou à 10 % lorsque les conventions translatives précitées donnent lieu à l'octroi à l'acquéreur d'un crédit hypothécaire conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 décembre 2007 portant règlement des prêts hypothécaires de la Société wallonne du Crédit social et des Guichets du Crédit social, ou à l'octroi d'un prêt hypothécaire par le Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 25 février 1999 concernant les prêts hypothécaires et l'aide locative du Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie."

**Art. 2.** A l'article 53 du même Code, les mots " , ou à 5 % lorsque la vente donne lieu à l'octroi à l'acquéreur d'un crédit hypothécaire conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 décembre 2007 portant règlement des prêts hypothécaires de la Société wallonne du Crédit social et des Guichets du Crédit social, ou à l'octroi d'un prêt hypothécaire par le Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 25 février 1999 concernant les prêts hypothécaires et l'aide locative du Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie," sont insérés entre les mots "Le droit fixé par l'article 44 est réduit à 6 %" et "pour les ventes de la propriété".